

Schluss mit der Vertreibung der PalästinenserInnen aus Jerusalem



DEMONSTRATION

Samstag, 22. Mai, Beginn 15 Uhr

GRAZ, Mariahilferplatz

Statt Israels Apartheidspolitik zu unterstützen, sollte Österreich im Sinne von Neutralität und Völkerrecht die Grundrechte der PalästinenserInnen verteidigen.

Am 15. Mai jährte sich zum 73. Mal der Nakba-Tag, die große Katastrophe, bei der Dreiviertel der palästinensischen Bevölkerung durch den israelischen Terror aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Doch diese systematische Vertreibung dauert an, aktuell von Familien aus dem besetzten Jerusalem. Rechtsradikale Siedler rufen „Tod den Arabern!“ und attackieren palästinensische EinwohnerInnen tödlich. Wer sich wehrt, wird von der Polizei verprügelt. Bereits seit einem Monat gab es friedliche Proteste vor den Häusern in Sheikh Jarrah, einem Viertel im besetzten Ostjerusalem mit SIT-ins und Fastenbrechen am Abend. Es gab keinen Aufschrei. Erst jetzt bewegt sich etwas in der Welt. Die Zerstörung palästinensischer Häuser gehört seit Jahren zum Alltag. **Anderswo wird das als ethnische Säuberung beklagt, hier aber schaut die Welt weg.**

Im Ramadan versammeln sich PalästinenserInnen gerne beim Damaskus-Tor. Doch dieses Jahr eskalierte die israelische Regierung gezielt, indem ihre Polizei versuchte die Fastenden daran und am Zugang zur Hauptmoschee in Jerusalem zu hindern- als eine Maßnahme von vielen, um ihren Bewegungsspielraum und ihre Rechte einzuschränken. Und dieses Mal ließen sich die PalästinenserInnen das nicht gefallen und gehen seit Tagen auf die Straße. **Wir wollen ihnen unsere Solidarität ausdrücken!**

Mittlerweile hat sich der Konflikt zu einem neuen Gaza-Krieg ausgeweitet. Die WiderstandskämpferInnen der Hamas schießen Raketen, Israel schlägt wie schon 2008/09, 2012 und 2014 mit seinen überlegenen militärischen Mitteln in doppelter Härte zurück. Die Leute mussten ihre Häuser verlassen, aber es gibt keinen sicheren Ort, weil alle Gebiete in Gaza bombardiert werden. Wieder sind die zivilen Opferzahlen auf Seite der arabischen Bevölkerung, gerade auch bei den Kindern, unverhältnismäßig höher.



Die Berichterstattung der österreichischen Medien schwankt zwischen deutlich proisraelisch und scheinneutral. Gerade so, als handle es sich hier um einen Konflikt zwischen zwei gleich starken Gegnern mit ethisch gleich zu bewertenden Zielsetzungen. Gerade so, als wäre das Freiheitsbestreben der Unterdrückten gleichwertig mit dem Bestreben Israels, deren Freiheit brutal zu unterdrücken. Es ist ein Konflikt zwischen Kolonialherren und Kolonialiserten! Das Niveau der politischen Analysen in unseren Staatskanzleien und außenpolitischen Redaktionen ist erschütternd oberflächlich. **Diese PolitikerInnen und MeinungsbildnerInnen verweigern zu verstehen, dass der Widerstand des palästinensischen Volkes eine geradezu notwendige Folge der massiven israelischen strukturellen Gewalt ist.** Israel hält die palästinensische Bevölkerung seit über 50 Jahren unter Besatzung. Besatzung bedeutet militärische Gewalt, Siedlergewalt, ökonomische Gewalt, Apartheid. Kein Mensch kann das auf Dauer aushalten. **Jeder Mensch ist frei an Würde geboren.** Der Freiheitsdrang der PalästinenserInnen lässt sich nicht auf Dauer unterdrücken.



Österreich unterstützt intensiv die von Israel ausgehende Diffamierung der BDS-Bewegung als „antisemitisch“. BDS versucht nach dem Vorbild der südafrikanischen Anti-Apartheid-Bewegung die Rechte der PalästinenserInnen mit gewaltfreien Mittel durchzusetzen. Zahlreiche namhafte WissenschaftlerInnen mit jüdischem Hintergrund weisen diesen Vorwurf als unberechtigt zurück. Weltweit unterstützen fortschrittliche jüdische Menschen selbst

BDS, weil sie ebenso eine Änderung der Unterdrückungspolitik Israels wollen. Die Komplizenschaft der österreichischen Regierung mit Netanjahu will dem palästinensischen Volk dieses wirksame gewaltfreie Mittel aus der Hand schlagen. Das zeigt die ganze Verlogenheit der Behauptung, man lehne Gewalt als Mittel der Konfliktlösung ab, genauso wie das Beharren des angeblichen Rechts des israelischen Regimes auf militärische „Selbstverteidigung“, wo doch die Besatzung als Ausgangspunkt der Aggression betrachtet werden muss.

Damit werden nicht nur grundlegende Menschenrechte wie jenes auf palästinensische Selbstbestimmung verletzt, sondern auch die verfassungsmäßige Neutralität Österreichs. Unser Protest richtet sich daher auch gegen die österreichische Regierung und insbesondere den Bundeskanzler. Er pflegt ein besonders komplizenhaftes Verhältnis zum rechten Politiker Netanjahu.

Schluss mit Landraub und Vertreibung! Schluss mit der Besatzung!

Schluss mit der israelischen Apartheid!

Österreich muss sich für gleiche Rechte für alle einsetzen!

Österreich und die EU handeln mit ihrer Palästina-Politik gegen das Völkerrecht und begünstigen zahlreiche israelischen Verbrechen gegen die Menschenrechte. Es ist unser längerfristiges Ziel auch in Österreich eine starke Palästina-Solidaritätsbewegung aufzubauen, um unsere politischen Eliten und Meinungsmacher auf den Weg international garantierter Rechte zu bringen.



Wir arbeiten ehrenamtlich. Wir suchen MitaktivistInnen. Und bitten unter dem Kennwort „Palästina-Solidarität“ um Spenden auf das Konto
IBAN AT94 4300 0000 0005 2128.

Impressum: www.friedensplattform.at